

# Infodienst

**3/2006** Mai/Juni 2006



## Inhalt

**TITEL: Arbeitslos – chancenlos**

**FINANZIERUNG**

**NACHRICHTEN**

**LITERATUR/MEDIEN**

**VERANSTALTUNGEN**

**STELLEN**

**RÄUME/SONSTIGES**

## Impressum

IBPro e.V.

Einsteinstr. 173/I, 81677 München,  
Tel. (089) 47 50 61  
(Mo 13-16 Uhr und Di, Mi, Do 9-12 Uhr),  
Fax (089) 4 70 59 20,  
Internet: <http://www.ibpro.de>,  
E-Mail: [info@ibpro.de](mailto:info@ibpro.de)

Redaktion: Dieter Harant

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für die Richtigkeit der Beiträge kann keine Haftung übernommen werden.

INFODIENST erscheint zweimonatlich, er ist kostenlos; Am Ende des Jahres bitten wir Sie um einen freiwilligen Kostenbeitrag.

IBPro wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft der Stadt München gefördert.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.7.2006

## Arbeitslos – chancenlos

Die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland verfestigt sich in immer größerem Maße. Die Schul- und Ausbildungsabbrecher von heute sind die Langzeitarbeitslosen von morgen. Worin liegen die möglichen Ursachen und welche Möglichkeiten und Perspektiven gibt es für den Personenkreis der Arbeitslosengeld-II-Empfänger?

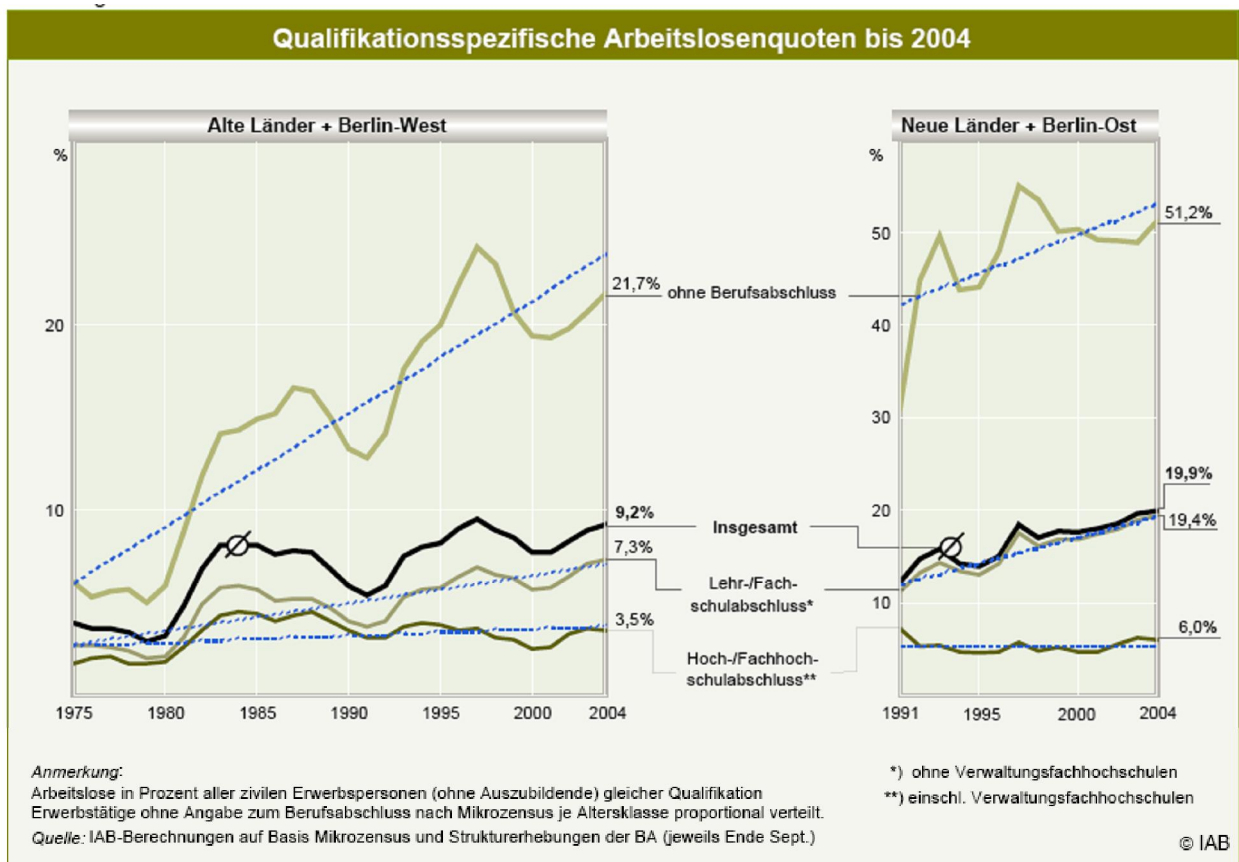
Diesen Fragen ging Prof. Jutta Allmendinger, Leiterin des Nürnberger Institutes Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei einer Diskussionsveranstaltung der Diakonia gGmbH nach, die am 21.06.2006 in München statt fand.

Zunächst zu den nackten Daten: Zur Zeit sind, wenn man die so genannte stille Reserve sowie MaßnahmeteilnehmerInnen einbezieht, bundesweit über sechs Millionen Menschen arbeitslos. Während die kurzzeitige Arbeitslosigkeit sinkt, ist die Quote der Langzeitarbeitslosen im Steigen begriffen. Die Ursachen sind darin zu sehen, dass Personen mit geringen Vermittlungshemmnissen tendenziell rascher Arbeit finden und sich die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsagenturen erhöht hat, während Personen mit höheren Hemmnissen immer weniger der Zugang auf den ersten Arbeitsmarkt gelingt.

Daneben ist ein rasanter Anstieg der 400-€-Jobs und im Niedriglohnsektor (definiert als Bruttojahreslohn in Höhe von € 19.579,-) zu beobachten. Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten nimmt Deutschland mit ca. 17% Niedriglohneempfängern inzwischen einen Platz im Mittelfeld ein. Eine Erweiterung dieses Sektors kann nur verlangen, wer sich vom Hochlohnland Deutschland verabschieden will, mit all den Konsequenzen für die bereits jetzt schon prekäre Finanzierung der sozialen Sicherung.

Worin sich Deutschland wesentlich von den übrigen Staaten unterscheidet, ist die geringe (25%ige) Chance, aus dem Niedriglohnsektor wieder herauszukommen, hier belegt Deutschland den letzten Platz im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten (ohne Erweiterungsstaaten).

Eine weitere Besonderheit Deutschlands ist die hohe Korrelation zwischen Bildungsabschluss und Arbeitsplatz: Die Arbeitslosenquote von Menschen ohne Berufsabschluss liegt in den westlichen Bundesländern bei bis zu 21,7% und in den östlichen Bundesländern bei 51,2%. Auch sind die Chancen dieser Personengruppe dauerhaft gemindert. Diese Defizite werden bereits im bestehenden Schulsystem festgeschrieben.



Quelle: <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb0905.pdf>

Frau Allmendinger fasste diese folgendermaßen zusammen: „Einmal chancenlos – immer chancenlos“ (Siehe unten: Internetlink zum Thema Bildungsarmut).

Mit den bestehenden, meist kurzzeitigen, Maßnahmen in der Weiterbildung seien fehlender Hauptschulabschluss und Ausbildung nicht zu kompensieren (betroffen sind 10 % der Bevölkerung Deutschlands). Zudem ist zu beobachten, dass die Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung bei den gering Qualifizierten gerade einmal 10% beträgt, während diese bei qualifizierteren Angestellten 30% erreicht.

Doch wie sehen die Perspektiven und Handlungsalternativen aus?

Der oft vorgebrachten These „Die demografische Entwicklung wird es schon richten“, widerspricht Frau Allmendinger. Zum einen wird die Beschäftigungsquote nicht unbedingt konstant bleiben, zum anderen wird sich der Trend zu qualifizierteren Jobs fortsetzen.

Das, was früher galt, dass nämlich die Erstbildung den Status für ein ganzes Leben bestimmte, wird künftig immer weniger zutreffen. Arbeitslosigkeit bestimmt zunehmend den gesellschaftlichen Status.

Um in Zukunft der Arbeitslosigkeit auch bei Qualifizierten entgegenzutreten, ist eine kontinuierliche Weiterbildung der Beschäftigten notwendig – hier versagen zum Teil die Unternehmen. In der Realität ist es noch weit verbreitete Praxis, von einem klassischen (beruflichen) Lebenslauf auszugehen, Unterbrechungen werden immer noch sanktioniert. Dies muss sich ändern, wenn der demografische Wandel bewältigt werden soll.

Maßnahmen zum Abbau der Bildungsarmut erfolgen nach wie vor überwiegend im Reparaturbetrieb und nicht präventiv. Insbesondere bei Jugendlichen ist es nötig, dass bereits in der Mittelstufe mit den Schülern an ihren Potenzialen gearbeitet wird, hierzu gibt es bereits Ansätze der Bundesagentur. Den Jugendlichen, die ohne Abschluss bzw. Lehrstelle sind, ist nicht mit Warteschleifen geholfen, hier ist die aktuelle Entwicklung alarmierend. Die aktuellen Zahlen für München

geben ein erschreckendes Bild: Im Juni 2006 haben 83% aller Hauptschulabgänger keinen Vertrag über einen Ausbildungsplatz. Dennoch verteidigt Minister Glos den Ausbildungspakt als einen Erfolg und rechnet mit einer Zunahme von Lehrstellen.

Die Betriebe hingegen fordern (in der anschließenden Diskussion) neben einer allgemeinen Erweiterung von Präventionsmaßnahmen ein differenziertes Angebot für Arbeitslose. Zum einen muss es möglich sein, jugendlichen Arbeitslosen eine Ausbildung/Umschulung zu finanzieren, zum anderen sollten auch dauerhaft Leistungsgeminderten Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. Und schließlich gibt es bestimmte Personengruppen, bei denen nur längerfristige Maßnahmen zielführend sind.

Siehe auch Links zu:

Stille Reserve: <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb2105.pdf>

Bildungsarmut: <http://iab.de/asp/info/dokSelect.asp?sortLit=2&AP=1>

Dieter Harant (IBPro)

---

## Finanzierung

---

### Förderung innovativer Projekte durch die Stiftung Jugendmarke

Von der Jugendhilfe und besonders der Jugendarbeit wird ein verantwortungsvoller Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen erwartet. Dabei sollen die TrägerInnen der Jugendhilfe und Jugendarbeit auf diese Herausforderungen flexibel, innovativ und möglichst unbürokratisch reagieren. Damit das gelingt, sind sie auf Partner angewiesen. Wichtiger Partner für die Jugendarbeit ist dabei die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. Sie fördert Maßnahmen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, die zukunftsorientiert und beispielgebend für die weitere Entwicklung der Jugendhilfe sind. Der 1965 gegründete Verein Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. hat satzungsgemäß die Aufgabe, mit den aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen "Für die Jugend" erzielten Zuschlagelösen bundeszentrale/überregionale bzw. innovative/modellhafte Maßnahmen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern. Die Mitgliederversammlung der Stiftung entscheidet über Förderanträge. Diese können von anerkannten TrägerInnen der Kinder- und Jugendhilfe gestellt werden.

Für das Jahr 2006 sind noch folgende Mitgliederversammlungen vorgesehen. Das Datum des Antragsschlusses steht jeweils in Klammern: Mitgliederversammlung 23. August 2006 (12. Juli 2006), Mitgliederversammlung 05. Dezember 2006 (24. Oktober 2006).

Kontakt: Stiftung Dt. Jugendmarke e.V., Maximilianstraße 28 d, 53111 Bonn, Fon: 0228.959 580, Fax: 0228.959 582 0, [www.jugendmarke.de](http://www.jugendmarke.de)

### AKTION MENSCH - NEUE VERGABERICHTLINIEN UND NEUES FÖRDERPROGRAMM

Zu Beginn des Monats sind bei der 'Aktion Mensch' Neuerungen in Kraft getreten. Passend zum Gesellschafterprojekt wurde die neue Förderaktion gestartet. Des Weiteren wurden Veränderungen bei den Vergaberichtlinien vorgenommen. Die Veränderungen bei den Vergaberichtlinien beinhalten sowohl redaktionelle wie auch materielle Auswirkungen. Bei der Projektförderung ändert sich Folgendes:

- Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen von bis zu 10 % der förderfähigen Gesamtkosten
- Vereinheitlichung der Zuschusshöhe (70 %) und der Verwaltungskostenpauschale (20 %) sowie der Laufzeit auf maximal drei Jahre
- Berücksichtigung von Personalkosten von bereits angestelltem Personal
- Reduzierung des Höchstzuschusses bei Projekten auf 250.000 €

Die Starthilfeförderung bleibt von diesen Neuerungen unbenommen. Bei der Investitionsförderung werden lediglich die Fördersatzes für behinderungsbedingte Mehrkosten auf 80 % erhöht und für Spiel- und Fördermaterialien auf 40% reduziert. Die neuen Vergaberichtlinien sind seit Mai auf der Homepage der Aktion Mensch [www.aktion-mensch.de](http://www.aktion-mensch.de) zu finden. Die neuen Merkblätter zu den einzelnen Förderbereichen werden im Laufe der nächsten Wochen eingestellt.

Seit Anfang Mai steht das neue Förderprogramm „Projekte für eine gerechte Welt“ bereit. Es handelt sich um einen Bestandteil der bereits im März gestarteten Aufklärungskampagne der Aktion Mensch: [www.dieGesellschafter.de](http://www.dieGesellschafter.de). In Analogie zum erfolgreich abgeschlossenen Förderprogramm „5000xZukunft“ wird es darum gehen, gerade kleine Projekte mit Initiativcharakter zu fördern. Inhaltliche Ziele des Gesellschafterprojektes sollen in vielfältigen innovativen Aktionen aufgegriffen werden und in Veranstaltungen und Projekten zum Tragen kommen.

Das neue Förderprogramm unterstützt Initiativen und Gruppen Ehrenamtlicher bei der Durchführung ihrer Projekte und Veranstaltungen mit einem Höchstbetrag von 4.000,- Euro. Förderbedingung ist der Beitrag für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft, vor allem für benachteiligte Personengruppen, wie Menschen in schwierigen sozialen Situationen oder Menschen mit Beeinträchtigungen.

Online-Formulare zwecks Antragstellung sowie Detailinformationen sind unter angegebenem Link erhältlich.

Quelle: Deutsche Behindertenhilfe - Aktion Mensch <http://www.dieGesellschafter.de>

## „Preis Soziale Stadt 2006“

Der Preis „Soziale Stadt 2006“ wird ausgelobt, um vorbildliche Projekte, die den sozialen Zusammenhalt in einem Wohngebiet stärken, der Öffentlichkeit bekannt zu machen und so Gruppen, Initiativen, Verbände und Unternehmen zur aktiven Nachahmung zu ermutigen. Mit dem Preis sollen die Bemühungen um soziales Miteinander in den Stadtquartieren gewürdigt werden. Der Preis richtet sich ausdrücklich auch an Bürgervereine, Initiativen, Schulklassen, Organisatoren von Begegnungsstätten, Gewerbetreibende und andere im Quartier engagierte Akteure. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 14. Juli 2006.

Weitere Informationen: [www.schader-stiftung.de/wohn\\_wandel/967.php](http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/967.php)

## Bertelsmann Stiftung schreibt „Kita-Preis“ aus

Die Bertelsmann Stiftung sucht Konzepte von Kindertageseinrichtungen, die den Bedürfnissen sozial benachteiligter Kinder auf besondere Weise gerecht werden. Daher schreibt sie den diesjährigen Kita-Preis zum Thema „Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien“ aus. Der Sieger erhält einen Sachpreis im Wert von 4.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 28. Juli 2006.

Weitere Informationen: [www.kinder-frueher-foerdern.de](http://www.kinder-frueher-foerdern.de)

---

## Nachrichten

---

### CDU/SPD kürzen Mittel für Sprachkurse

Zur Entscheidung vom Donnerstag, 18. Mai 2006 von CDU und SPD im Haushaltsausschuss, die Mittel für Integrations- und Sprachkurse um 32 Prozent gegenüber dem Jahr 2005 zu kürzen, erklärt Alexander Bode, Mitglied im Haushaltsausschuss: Integration findet bei der großen Koalition nur in Sonntagsreden statt. Mit der heutigen Entscheidung die Mittel für Integrations- und Sprachkurse im Haushalt des Bundesinnenministers (Einzelplan 06, Titel 684 02) von 207 Millionen Euro auf 140 Millionen Euro gegenüber dem Haushalt 2005 zu kürzen, verspielen CDU und SPD leichtfertig die Möglichkeit für notwendige Verbesserungen in der Qualität und Anzahl der Integrationskurse, sowie einer dringend erforderlichen Ausweitung des Teilnehmerkreises. Noch am Abend zuvor hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Böhmer, im Haushaltsausschuss für solche Veränderungen bei den Maßnahmen geworben - die haushaltspolitische Konsequenz dieser Forderungen wäre die Beibehaltung der bisherigen Mittelansätze gewesen.

Quelle: Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen

### Gemeinnützigkeitsrecht: Was gilt für die Schülerbeförderung?

In Abstimmung mit den obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder informiert die OFD Chemnitz in ihrer Verfügung v. 31.1.2006, S 0187 - 7/6 - St 21 darüber, dass Einnahmen für die Beförderung von Schülern zum und vom Unterricht durch einen Kreisverband eines bundesweit tätigen Wohlfahrtsverbandes als wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb anzusehen ist.

Quelle: Der Verein aktuell 5/2006

### Keine Kassenbuchpflicht bei EÜR

Eine gute Nachricht für Vereine, die lediglich zu einer Einnahmen-/Überschussrechnung verpflichtet sind: Sie müssen nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs kein Kassenbuch führen. Es genügt, wenn die Ausgangsrechnungen am

Tag des Geldeingangs abgelegt und handschriftlich geordnet zu Papier gebracht werden. Wichtig ist eine vollständige Erfassung, in welcher Weise das geschieht, bleibt dem Verein überlassen.

*BFH: Beschluss vom 16.2.2006, Az: X B 57/05*

## Fortsetzung des Vorstandsamtes bei entsprechender Satzungsklausel - unwirksame Neuwahl

In vielen Satzungen findet sich die Klausel, dass der Vorstand nach Ende seiner Amtsperiode bis zur Wahl eines neuen Vorstands im Amt bleibt. Das gilt auch für Neuwahlen, die aufgrund formaler Fehler (hier die Beteiligung eines Nichtmitglieds bei der Abstimmung) unwirksam sind. Und zwar auch für ein Vorstandsmitglied, das bei der Wahl nicht mehr kandidierte. Auch seine Amtsperiode endet dann erst bei der Neubesetzung des Amtes.

KG - Urt. v. 09.03.2006 - 8 U 172/05

Aus: [www.Vereinsknowhow.de](http://www.Vereinsknowhow.de) - Vereinsinfobrief Nr. 116

## Anhebung der Pauschalbeiträge für 400€-Jobs

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz werden die Pauschalabgaben für geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse ab dem 1. Juli 2006 von 25 auf 30 Prozent erhöht.

Damit wird der Pauschalbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung von bisher 11 auf 13 Prozent und der Pauschalbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung von bisher 12 auf 15 Prozent angehoben. Der einheitliche Pauschalsteuersatz bleibt unverändert. Geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten sind von der Erhöhung der Pauschalbeiträge nicht betroffen.

Mit der Anhebung wird die Rentenaufstockung für Minijobber günstiger. Die Erhöhung des Pauschalbeitrages zur Rentenversicherung auf 15 Prozent bringt es mit sich, dass Arbeitnehmer, die vollwertige Rentenansprüche erwerben möchten und deshalb auf ihre Versicherungsfreiheit verzichten, ab dem 1. Juli anstelle des bisherigen Eigenanteils von 7,5 Prozent nur noch 4,5 Prozent des Arbeitsentgelts zahlen müssen.

Für das maschinelle Beitragsnachweisverfahren ist es erforderlich, die Abrechnungsprogramme auf die neuen Beitragssätze für geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse anzupassen. Sofern Arbeitgeber das Programm sv.net nutzen, muss darauf geachtet werden, die geänderten Werte bei der Beitragsberechnung zu berücksichtigen.

Weitere Infos unter: [www.minijobzentrale.de](http://www.minijobzentrale.de)

## Beschäftigungen in der Gleitzone – Erhöhung des F-Faktors

Im Jahr 2003 wurde für Beschäftigungen im Entgeltbereich von monatlich 400,01 Euro bis zu 800 Euro eine Regelung eingeführt, die den Beitragsanteil des Arbeitnehmers beginnend mit ca. 4 % bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von 400,01 Euro bis auf ca. 21 % bei einem monatlichen Arbeitsentgelt von 800 Euro ansteigen ließ. Im vergangenen Jahr stieg der Beitragsanteil des Arbeitnehmers – je nach Höhe des Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrags – von ca. 4,5% bis auf ca. 21,5%. Innerhalb dieser so genannten Gleitzone wird für die Berechnung der Arbeitnehmerbeiträge anstelle des tatsächlichen Arbeitsentgelts eine reduzierte beitragspflichtige Einnahme zu Grunde gelegt. Die hierfür vorgeschriebene Formel enthält einen Faktor, der das Verhältnis der prozentualen Abgabenbelastung des Arbeitgebers für eine versicherungsfreie geringfügig entlohnte Beschäftigung zum durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz widerspiegelt (= Faktor F). Die Erhöhung der Pauschalbeiträge für versicherungsfreie geringfügig entlohnte Beschäftigungen zum 1. Juli 2006 hat deshalb auch eine Erhöhung des Faktors F zur Folge. Im Haushaltsbegleitgesetz 2006 wird dieser Faktor für die Zeit vom 1. Juli 2006 bis 31. Dezember 2006 auf 0,7160 festgelegt.

*Quelle summasummarum 3/2006*

## Referentenentwurf zur GmbH-Reform

Das Bundesjustizministerium hat am 29.5.2006 den Referentenentwurf des Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) den Bundesressorts zur Stellungnahme zugeleitet. Das Gesetz soll die Nutzung der Rechtsform der GmbH vereinfachen, was natürlich auch die Gründung gemeinnütziger GmbHs erleichtert. Mit dem Regierungsentwurf ist erst Anfang 2007 zu rechnen. Das Gesetz könnte damit Ende 2007 in Kraft treten. Wesentliche Inhalte des Entwurfs:

§ Der Entwurf schlägt vor, das Mindeststammkapital der GmbH von bisher 25.000 Euro auf 10.000 Euro herabzusetzen, um Gründungen insbesondere im Dienstleistungsgewerbe zu erleichtern.

- § Der Entwurf sieht vor, dass jeder Geschäftsanteil nur noch auf einen Betrag von mindestens einem Euro lauten muss. Vorhandene Geschäftsanteile können künftig leichter gestückelt werden.
- § Die Übertragung von Geschäftsanteilen wird erleichtert
- § Um die Handelsregistereintragung von Gesellschaften zu erleichtern, deren Unternehmensgegenstand genehmigungspflichtig ist, wird das Eintragungsverfahren von der verwaltungsrechtlichen Genehmigung abgekoppelt.
- § Bei Ein-Personen-GmbHs wird künftig auf die Stellung besonderer Sicherheitsleistungen (§ 7 Abs. 2 S. 3, § 19 Abs. 4 GmbHG) verzichtet.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz vom 29.5.2006

## Literatur / Medien

### Neue Online-Mediathek eröffnet

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) stellt ab sofort eine neue Mediathek online. Eine umfangreiche Sammlung der, während des Aktionsprogramms der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", erarbeiteten Materialien wird hier präsentiert. Dazu gehören u. a. Materialien von Kongressen, aus Werkstätten und Theaterprojekten, ebenso wie Informationen verschiedener lokaler Netzwerke, mobiler Opferberatungen, lokaler Aktionspläne für Jugendliche in sozialen Brennpunkten und arbeitsmarktbezogener Initiativen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Damit sollen die Medien auch nach Auslaufen des Bundesprogramms Ende 2006 der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung plant für 2007 ein neues Programm, das an das bestehende Aktionsprogramm anknüpfen soll. Bei diesem geht es vor allem um den Aufbau lokaler Netzwerke, die Unterstützung von Modellprojekten und die Umsetzung geeigneter Kommunikationskonzepte.

Pressemitteilung des BMFSFJ <http://www.idaev.de/projektarchiv.htm>

## Veranstaltungen

### IBPro-Seminare – freie Plätze!

(durch **Anklicken der Titel** gelangen Sie zur entsprechenden Seminaurausschreibung)

Titel	Termine	Kosten in €
<i>Kompetenzprofile erstellen u. Akquisition von Arbeitsplätzen</i>	<b>Teil 1: 28. - 29.06.06 Teil 2: 30.06.06</b>	<b>190 (1.Teil) 100 (2.Teil)</b>
<i>Vorstandslehrgang II – 2. Baustein - Umgang mit Konflikten</i>	<b>12.07.2006</b>	<b>95,00</b>
<i>Zusatzausbildung „Moderation“</i>	<b>09. - 11.10.2006, 17. - 19.01.2007, 18. - 20.04.2007</b>	<b>900,00</b>

### IBPro-FACHTAGUNG am 20.7.2006 10-16 Uhr in München

EU-Förderung heute und morgen – die Europäischen Strukturfonds in der neuen Förderphase 2007 – 2013

Die bayernweite Tagung soll u. a. Antworten auf folgende Fragen geben:

Stand der Planungen auf europäischer und nationaler Ebene? Stand der Planungen in Bayern? Welche Schwerpunkte wird Bayern setzen? Welche Erfahrungen gibt es aus der jetzt zu Ende gehenden Förderphase? Wie können diese Erfahrungen auch in der Zukunft genutzt werden? Die Beiträge im einzelnen:

- r Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Die Strukturfonds in der der neuen Förderphase, Klaus Müller, Europäische Kommission, Generaldirektion V, Soziales und Chancengleichheit

- r Die Strukturfonds in Bayern: Perspektiven und Stand der Planungen in Bayern, Ministerialrat, Georg Moser, Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Gesundheit
- r Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung: Geplante Förderprogramme im Überblick: Friedhelm Forge, IHK-München
- r Erfahrungen aus der jetzigen Förderperiode: Nutzen für die neue Förderphase? Christine Fiedler, Referentin für Arbeitsmarktpolitik und Europafragen, Der PARITÄTISCHE, Thüringen

Teilnahmegebühr: 75€ inkl. Getränke und Imbiss

Anmeldung unter [info@ibpro.de](mailto:info@ibpro.de), Tel 089/475061 Weitere Infos unter [ESF-Fachtagung](#)

---

## Stellen

---

Sozialpädagogin und EDV-Trainerin mit langjähriger Erfahrung im Bereich Medien (Lernsoftwareentwicklung), Qualifizierung von Frauen in Bürokommunikation und EDV-Schulungen für soziale Betriebe sucht neuen Aufgabenbereich. Gute Organisations- und Verwaltungskenntnisse vorhanden.  
*Christa Schwaiger Tel. 089-59 08 36 17, E-Mail: [cschwaiger@gmx.de](mailto:cschwaiger@gmx.de)*

Ehrenamtliche Helfer/innen mit PC-Kenntnissen gesucht, die 1-2 mal pro Woche mithelfen, die öffentliche Mediothek des Hauses zu "schmeißen" und die sich handwerklich und sozial in der Hausbetreuung engagieren möchten, ca. 3-4 mal pro Woche.

*Kontakt: Petra König, Tel. 089-85 63 75 13, Trägerkreis EineWeltHaus München e.V., Schwanthalerstr. 80 RGB , 80336 München [www.einewelthaus.de](http://www.einewelthaus.de)*

---

## Räume/Sonstiges

---

### Raumvermietung im BVV-Seminarzentrum

- Geeignet für Seminare, Schulungen, Präsentationen, Kurse
- Helle, gut ausgestattete Räume in den Größen 69, 63, 47 m<sup>2</sup>, mit Aufenthaltsraum und Foyer
- Die Räume sind teil- und kombinierbar
- Mediengrundausrüstung im Preis inbegriffen, Extras: Beamer, DVD-Player, Videokamera vorhanden
- Catering kann gebucht werden
- Buchungsmöglichkeiten während der ganzen Woche
- Zwischen Hackerbrücke und Donnersberger Brücke gelegen

*Anfragen an: Bayerischer Volkshochschulverband Seminarzentrum, Fäustlestraße 5a, 80339 München, Ingrid Dobner, Tel. (0 89) 5 10 90 35, E-Mail: [ingrid.dobner@vhs-bayern.de](mailto:ingrid.dobner@vhs-bayern.de)*

### Feldenkrais-Kurse

Unsere Mitarbeiterin aus dem Buchhaltungsservice Maria Brenzinger bietet privat Feldenkraiskurse an. Falls Sie Interesse haben, etwas für Ihre Beweglichkeit und Ihr Wohlbefinden zu tun, rufen Sie einfach bei ihr an, unter: Tel. 089-5682 3845.